

Beschluss der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen 18./19. Mai 2000, Zwickau, Domgarten

Schulen im ländlichen Raum

B-1

Schulen im ländlichen Raum – eine bildungspolitische Herausforderung

- 5 Der dramatische Rückgang der Schülerzahlen bedeutet vor allem für den ländlichen Raum drastische Veränderungen in der Schullandschaft. Das ist die politische Botschaft der sächsischen Landesregierung. Mit Schulschließungen in weitem Umfang und der Verweigerung pädagogischer Reformen wird die Zerstörung notwendiger Infrastruktur ganzer Regionen in Kauf genommen.
- 10 Bündnis 90/Die Grünen nehmen die demographische Entwicklung in Sachsen gleichwohl zur Kenntnis, sehen allerdings im Gegensatz zur CDU darin eine einmalige Chance, Bildungspolitik neu zu definieren. Weniger Schüler im Land schaffen ungeahnte Freiräume für pädagogische Innovation, für kleinere Klassen, für eine Fortbildungs-offensive der Lehrkräfte, für eine Reduzierung der Pflichtstunden (wo notwendig) und für alternative Schulmodelle, die Lernen und Leben in der Schule neu begreifen. (Schulen in freier Trägerschaft sind dabei von Anfang an durch den Freistaat zu fördern (nicht erst nach vier Jahren)).
- 15
- 20 Wir werden aber auch - so viel ist klar - mit einem Schulnetzplan umzugehen haben, bei dem ein Teil der Schulen zu schließen sein wird, sofern nicht bereits geschehen. Hier begrüßen Bündnis 90/Die Grünen die Bemühungen des sächsischen Kultusministeriums, die Rolle der Landkreise bei der Diskussion um Schulstandorte in den Kommunen zu stärken, um überörtliche Lösungen zu realisieren. Es entspricht unserem demokratischen Selbstverständnis, Bürger und politisch Verantwortliche vor Ort an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.
- 25
- 30 In diesem Zusammenhang sehen wir es aber als notwendiges Gebot der Transparenz und Fairness an, dass die strukturellen Überlegungen, die im sächsischen Kultusministerium angestellt werden, mit aller Klarheit zu denen transportiert werden, die letztendlich mit den Ergebnissen umgehen müssen. Die Beteiligten brauchen schnelle und verbindliche Aussagen darüber, wie es um die Zukunft ihrer Schulen bestellt ist. Heimlichkeit behindert eine kreative Auseinandersetzung mit der Krise! Die bevorstehenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen dürfen kein Grund sein, das Thema der Öffentlichkeit zu entziehen - das Kultusministerium und die Regionalschulämter müssen bereits
- 35

vor den Wahlen Farbe bekennen, welche Schulen bedroht sind. Wir fordern faire und umfassende Bewertungskriterien für die verschiedenen Schulstandorte, und zwar nicht ausschließlich aus ökonomischen Erwägungen. Das "Ranking"-Verfahren des sächsischen Kultusministeriums stellt aus unserer Sicht keinen geeigneten Weg dar, weil es die Sicht auf Schule in unzulässiger Weise verkürzt.

Auch wenn kleinere Klassen allein kein Allheilmittel darstellen, so halten wir es dennoch für wichtig, in Sachsen kleinere Klassenteiler einzuführen. Klassen mit 20 Schülern, im Ausnahmefall auch mit 15 Schülern, sind durchaus pädagogisch sinnvoll, bei qualitativ gutem Unterrichtsangebot. In Grundschulen bietet sich bei geringen Schülerzahlen der jahrgangsübergreifende Unterricht an, um die Schule im Dorf zu lassen.

Wohnortnähe für die Schüler muss bei allen Überlegungen immer ein wesentliches Kriterium sein. Denn die wohnortnahe Schule ist in unseren Augen ein Qualitätsmerkmal; die Schule im Dorf oder im Nachbarort ist identitätsstiftend, birgt die Möglichkeit kultureller Kern der Kommune zu sein und erspart Schülern lange Anfahrtswege.

Bei allen Überlegungen, wie eine neue Qualität von Bildung auch im ländlichen Raum in die Schulen ziehen kann, spielen die Lehrkräfte eine wesentliche Rolle. Auch die Schulen im Dorf und in der Kleinstadt brauchen junge Lehrer mit innovativen Ideen und viel Elan. Leider macht unter den gegebenen Bedingungen weder die Land-Stadt-Flucht vor jungen Pädagogen Halt, noch die Tendenz gleich ganz aus Sachsen wegzugehen in die alten Bundesländer. Denn jung ausgebildete Lehrer wollen Perspektiven für ihren Beruf unter guten Bedingungen. Gut ausgestattete Schulen gehören dazu mit räumlichen und finanziellen Möglichkeiten, um zukunftsweisende Unterrichtsinhalte und neuere Methoden im Schulalltag umzusetzen. Dazu gehören auch weniger Unterrichtsbelastung und mehr außerunterrichtliche Freiräume für Beratungsgespräche mit Schülern, Eltern oder anderen Institutionen. Mit dem Prinzip des lebenslangen Lernens identifizieren sich junge Lehrer zunehmend. Darum erwarten sie zurecht, dass auch im ländlichen Raum Fortbildungen, Work-Shops und Schulmodellversuche realisiert werden. Bündnis 90/Die Grünen sehen es als dringend geboten an, mit allen Möglichkeiten von Innovation und Qualitätsverbesserung auch in den ländlichen Raum zu gehen. Auch die zur Zeit tätigen Lehrkräfte könnten dem Rückgang der Schülerzahlen durchaus positive Seiten abgewinnen, wenn die Klassen dadurch kleiner würden, der Anteil der Pflichtstunden reduziert, Lehrpläne ‚entrümpelt‘ und damit viel Druck genommen wäre. Des Weiteren kann die Lehrerfortbildung in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen eine herausragende Säule in der Bildungslandschaft darstellen.

Uns ist klar, dass jede Innovation im sächsischen Bildungswesen zunächst an das vorhandene Schulsystem anknüpfen muss. Uns ist aber auch bewusst, dass uns die Bewältigung der Krise mittelfristig vor die Aufgabe stellt, das sächsische Bildungssystem von Grund auf neu zu überdenken. Eine längere gemeinsame Schulzeit für alle Schüler (bis Klasse 6) wäre ein solcher Reform-Schritt in die richtige Richtung. Kurzfristig realisierbar wäre die Einrichtung eines Innovationsfonds, aus dessen Inhalt neue, modellhafte Projekte finanziert werden können. Bedauerlich ist, dass offensichtlich derzeit kein Klima zu durchgreifenden Reformen im Lande vorhanden ist.

Immer wieder betonen auch sächsische Regierungsmitglieder die Bedeutung von Bildung als Standortfaktor in der Wissensgesellschaft. Das Land Sachsen ist aufgefordert, dementsprechend auch die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Bildungsausga-

ben sind Investitionen in die Zukunft des Landes. Bündnis 90 / Die Grünen fordern die Regierung auf, das Programm zur Sanierung von Schulen wieder aufzunehmen und die Kommunen damit bei der Erfüllung der anstehenden Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus kann in den Verhandlungen zum Solidarpakt auf ein entsprechendes Investitionsprogramm für Schulen und Kindergärten im Osten gedrungen werden.

Wir unterstützen das Aktionsbündnis ‚Schule braucht Zukunft‘ und werden es nutzen, um bei der Umsetzung der Inhalte des Volksantrages die Vorstellungen von Bündnis 90/Die Grünen in eine andere sächsische Bildungspolitik einfließen zu lassen. Die sächsische Landesregierung muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass ihre Politik der massenhaften Schulschließungen als einziger Antwort auf die sinkenden Schülerzahlen in der bildungspolitischen Sackgasse endet. Die bildungspolitische Herausforderung ist da - Bündnis 90/Die Grünen nehmen sie an.

100